

Stadtratssitzung vom 5. Juli 2018

Postulat Nr. P 5/2018

Postulat für eine Digitalisierungsstrategie der Stadt Thun

Franz Schori (SP), Roman Gugger (Grüne), Andreas Kübli (GLP) und Mitunterzeichnende vom 22. März 2018; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, eine Digitalisierungsstrategie zu erarbeiten und dem Stadtrat jährlich die Fortschritte zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Begründung

Die vierte industrielle Revolution, bekannt unter dem Begriff „Digitalisierung“, ist in vollem Gange. Immer bessere Netze und immer leistungsfähigere Rechner vernetzen Menschen, Maschinen und Prozesse weltweit. Das Sammeln von Daten und die Möglichkeiten zu deren Speicherung und Verarbeitung haben noch nie dagewesene Masse erreicht (Big Data, Cloud Services). Algorithmen halten via Chatbots sichtbaren Einzug in unseren Alltag, Smartphones, Drohnen, KI-Roboter und 3D-Druck geben der Digitalisierung ein Gesicht. Es gilt für die Wirtschaft und die politischen Behörden, die Chancen zu nutzen und die Risiken zu minimieren. Gefordert sind die Behörden unter anderem auch als Dienstleister. Der Mehrwert für die Bevölkerung ist vielseitig, um nur einige wenige Beispiele aufzuführen:

- Online-Schalter für den unkomplizierten Bezug von Formularen und den Kontakt mit Behörden, zum Beispiel beim Wohnortwechsel (Projekt [eUmzug](#), im Kanton Bern noch nicht möglich).
- Hervorragende Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die digitale Arbeitswelt ([Medien und Informatik an der Volksschule](#); die Stadt Thun ist zuvorderst mit dabei).
- Effizientere Verwendung der Steuergelder durch Prozessoptimierungen (siehe [hier](#) das Beispiel der Bussenumwandlungen im Kanton Uri).
- Effiziente Netz- und Verkehrsleitsysteme (z.B. Programm [Smart City Schweiz](#) oder Parkleitsystem in [Zug](#); ist in Thun vorgesehen).

Das Einleiten und Umsetzen von digitalen Projekten ist grundsätzlich abhängig von der technologischen Machbarkeit, vom Kosten-/Nutzen-Verhältnis und von der Akzeptanz der Bevölkerung. Eine mindestens ebenso grosse Rolle spielt aber auch die Bereitschaft von Politik und Verwaltung, sich überhaupt digital auszurichten und digital zu entwickeln. Die Postulantinnen und Postulanten wollen dies nicht dem Zufall überlassen und bitten deshalb den Gemeinderat um das Erarbeiten einer digitalen Strategie für alle Bereiche der städtischen Stadtverwaltung, ähnlich wie beispielsweise die [Digitalstrategie der Stadt Bern](#). Ein eigenständiges Kapitel sollte zudem den stadtnahen Unternehmen (z.B. Energie Thun, städtische Pensionskasse, Parkhaus Thun AG, KKThun, STI) gewidmet sein, um Schnittstellenthemen zu analysieren und daraus Eignerstrategien, Mandatierungen und Synergien abzuleiten.

Wünschbar wäre ausserdem, wenn der Gemeinderat eine Anlaufstelle für E- und Smart-Government bezeichnen würde, bei der von der Bevölkerung Anregungen und Best-Practice-Beispiele aus der ganzen Welt eingebracht werden könnten. In diesem Zusammenhang wäre zu überlegen, dass die Stadt Thun analog vielen Unternehmen mit ihren Chief Digital Officers (CDOs) eine Person mit dem Vorantreiben von digitalen Strategien und Projekten beauftragen würde. Damit der Stadtrat ebenfalls Einflussmöglichkeiten hat, sollte jährlich über die Fortschritte der Digitalisierungsstrategie Bericht erstattet werden.

Stellungnahme des Gemeinderates

Digitalisierungsfragen gewinnen auch in der öffentlichen Verwaltung zunehmend an Bedeutung. Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung verfolgen die Entwicklung aufmerksam und halten sich über den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) auf dem Laufenden. So befasste sich z.B. das von der Stadt Thun mitorganisierte Politforum Thun am 9./10. März 2018 mit Fragen der Digitalisierung („Gemeinde 4.0: Sind die Gemeinden bereit für die Digitalisierung“).¹

Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung stehen Digitalisierungsprojekten offen gegenüber. Technische Innovationen für die Aufgabenerfüllung werden laufend geprüft und gezielt eingeführt. Es kann z.B. auf die folgenden Projekte hingewiesen werden:

- *GEVER Thun*: Im Bereich der elektronischen Geschäftsverwaltung gehört die Stadt Thun schweizweit zu den führenden Gemeinden. Der Stadtrat genehmigte am 18. Februar 2016 einstimmig einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 320'000 Franken (neue Ausgabe zu Lasten Investitionsrechnung) für die flächendeckende Einführung des Produktes Axioma als GEVER-System in der Thuner Stadtverwaltung.² Die Einführung von Axioma konnte mittlerweile erfolgreich abgeschlossen werden. Die Thuner Stadtverwaltung hat damit GEVER als eine der ersten grösseren Gemeinden und Städte flächendeckend eingeführt.
- *Informatik an der Volksschule*: Auch in diesem Bereich ist die Stadt Thun fortschrittlich unterwegs. Der Stadtrat genehmigte am 16. November 2017 ohne Gegenstimmen einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 3'596'000 Franken (neue Ausgabe zu Lasten Investitionsrechnung) zur Erneuerung und Erweiterung der Informatik-Infrastruktur an den Thuner Volksschulen.³ Gegenwärtig läuft die Umsetzung dieses Projektes.
- *eUmzug*: Im Kanton Bern wird gegenwärtig ein Pilotprojekt für die Einführung von eUmzug vorbereitet. Die Stadt Thun ist als Pilotgemeinde an diesem kantonalen Projekt beteiligt.
- *eBau*: Dieses kantonale Projekt steht kurz vor der Einführung. Der Pilotbetrieb in zehn Gemeinden im Verwaltungskreis Emmental startet im Juli 2018.⁴ Die kantonsweite Einführung ist gemäss Informationen des Kantons bereits auf Ende 2018 vorgesehen. Das Bauinspektorat bereitet die Einführung dieser neuen Applikation vor. Ab 2020 sollen die Baubewilligungsverfahren im Kanton Bern durchgängig nur noch auf digitalem Weg abgewickelt werden.
- *Immobilienverwaltung*: Auch im Gebäudemanagement wird die elektronische Geschäftsverwaltung gestärkt. Für das kaufmännische, technische und infrastrukturelle Gebäudemanagement werden neue digitale Instrumente eingeführt (Fachapplikationen Abalmmo und CAMPOS). Mit diesen neuen Instrumenten ist es möglich, ein Gesamtbild des städtischen Gebäudeportfolios mit sämtlichen Daten über die jeweiligen Liegenschaften zu erhalten und aussagekräftige Auswertungen vorzunehmen.
- *ELAR (Elektronische Archivierung)*: Im Bereich der Migrationsdossiers wurde die Umstellung von Papierdossiers auf digitale Dossiers vor zwei Jahren vollzogen. Dazu wurden die bestehenden 18 Laufmeter Dossiers (ca. 200'000 Dokumente) digitalisiert. Sie sind nun schnell und elektronisch verfügbar. Neue Dossiers und Korrespondenzen werden heute ausschliesslich digital abgelegt.
- *Belegscan Klib*: Im Fachsystem der Sozialdienste wurde 2015 das Modul Belegscan eingeführt. Damit werden alle Buchungsbelege automatisch dem elektronischen Klientendossier zugeteilt und können nach verschiedenen Kriterien aufgerufen werden. Es handelt sich jährlich um mehrere Hunderttausend Belege, die verarbeitet werden. Die Sozialdienste prüfen aktuell weitere Schritte in Richtung eines digitalen Dossiers, indem weitere Dokumente der Dossiers eingescannt werden sollen.

Der Gemeinderat ist bereit, die Frage einer Digitalisierungsstrategie der Stadt Thun in der nächsten Legislatur im Rahmen der Erarbeitung der Legislaturziele 2019-2022 zu prüfen. Dabei wird der zukünftige verstärkte Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien umfassend beurteilt werden müssen. Es wird insbesondere auch zu prüfen sein, welche personellen, finanziellen und räumlichen Auswirkungen eine verstärkte Digitalisierung der Stadtverwaltung mit sich bringen wird. Die im Postulat verlangte jährliche Berichterstattung über die Fortschritte der Digitalisierungsstrategie würde im Falle einer Umsetzung im Rahmen des Jahresberichtes erfolgen.

¹ www.politforumthun.ch

² www.thun.ch/fileadmin/behoerden/stadtrat/media/pdf/februar2016/TR_3.pdf

³ www.thun.ch/fileadmin/behoerden/stadtrat/media/pdf/November2017/TR3.pdf

⁴ www.jgk.be.ch/jgk/de/index/baubewilligungen/baubewilligungen/ebau.html

Antrag

Annahme.

Thun, 8. Juni 2018

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller